

# Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 29 / 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.  
Bezugspreis  
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brückenstraße 10b  
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung  
bei allen Postämtern.  
Mitalleber kostenlos

Berlin, 23. Juli 1926

## Ergebnis der Stichwahlen zum erweiterten Vorstand.

Es wurden abgegeben:  
Im Ostgau: 616 gültige, 7 ungültige Stimmen. Davon erhielten: G l o m b in Beelitz 5, Brandenburg 12, Brestau 48, Finsterwalde 5, Görlitz 213, Grünberg 8, Guben 2, Kienitz 29, Lützenwalde 6, Miesitz 22, Potsdam 17, Rathenow 13, Spandau 5, Striegan 23 und Zossen 18, zusammen 426; Krause in Brestau 3, Drossen 16, Liegnitz 1, Potsdam 1, Schneidemühl 8, Spandau 14, Stettin 141 und Swinemünde 6, zusammen 190 Stimmen. Gewählt ist G l o m b.

Im Nordgau: 906 gültige, 4 ungültige Stimmen. Davon erhielten: R i e t h m a n n in Bremen 86, Delmenhorst 8, Hülstrom 12, Hamburg 426, Hameln 8, Hannover 4, Høge 8, Lübeck 14, Lüneburg 10, Neumünster 13, Oldenburg 2, Rostock 11, Schwerin 16 und Wilhelmshaven 14, zusammen 632; S p i n d l e r in Bremen 7, Delmenhorst 3, Hamburg 6, Hameln 1, Hannover 234, Hildesheim 15, Oldenburg 7, Wilhelmshaven 1, zusammen 274 Stimmen. Gewählt ist R i e t h m a n n.

Im Mitteldeutschen Gau: 784 gültige, 11 ungültige Stimmen. Davon erhielten: E p p i n g h a u s in Altdorf 39, Altdorf 3, Apolda 8, Bernburg 9, Eisenach 11, Erfurt 8, Geraberg 280, Gera (Neuß) 4, Gotha 18, Halle 13, Jena 5, Mühlhausen 22, Prüflich 5, Röhne 9, Weimar 22, Weisenfels 2 und Zeitz 22, zusammen 420; G a r z in Altdorf 1, Altdorf 9, Apolda 2, Bernburg 1, Dessau 33, Erfurt 4, Geraberg 1, Gera (Neuß) 11, Halberstadt 6, Halle 11, Jena 2, Magdeburg 224, Prüflich 3 und Zeitz 56, zusammen 364 Stimmen. Gewählt ist E p p i n g h a u s.

Im Gau Freistaat Sachsen: 783 gültige, 8 ungültige Stimmen. Davon erhielten: R a u m a n n in Chemnitz 45, Crimmitschau 1, Dresden 181, Leipzig 9, Oberneukirch 67 und Zittau 9, zusammen 312; S t e i n e r in Chemnitz 122, Crimmitschau 7, Dresden 27, Leipzig 297 und Werdau 18, zusammen 471 Stimmen. Gewählt ist S t e i n e r.

Im Gau Rheinland-Westfalen: 710 gültige, 19 ungültige Stimmen. Davon erhielten: R i e b s in Duisburg 7, Düsseldorf 29, Essen 17, Köln 1, Bielefeld 21, Eberfeld 21 und Herford 8, zusammen 344; U n g e r in Kagen 16, Duisburg 12, Düsseldorf 22, Essen 21, Köln 224, Oberhausen 17, Bielefeld 22, Eberfeld 5, Gummensbach 10 und Waldbröl 17, zusammen 366 Stimmen. Gewählt ist U n g e r.

Im Gau Württemberg: 476 gültige, 1 ungültige Stimmen. Davon erhielten: S c h i n d l e r in Göppingen 13, Reutlingen 11 und Stuttgart 287, zusammen 311; S t e i n m a n n in Göppingen 2, Reutlingen 1, Stuttgart 28 und Ulm 136, zusammen 165 Stimmen. Gewählt ist S c h i n d l e r.

Als Mitglieder des erweiterten Vorstandes sind gewählt:

Ostgau: Hugo Glomb, Görlitz; Nordgau: Paul Eppinghaus, Hamburg; Mitteldeutscher Gau: Walter Eppinghaus, Weimar; Gau Freistaat Sachsen: Otto Steiner, Leipzig; Gau Rheinland-Westfalen: Rudolf Unger, Köln; Gau Bayern: Hans Neubauer, Nürnberg; Gau Württemberg: Ernst Schindler, Stuttgart; Mosgau: Heinrich Schulte, Mannheim; Bezirk Offenbach a. M.: Hans Roit, Offenbach a. M.

Der Hauptvorstand: J. A.: P. Blum.

## Vierte Sitzung des Bundesauschusses des DGB, im Volkshaus zu Düsseldorf am 9. und 10. Juli 1926.

Seipart eröffnet die Tagung und begrüßt im einmütigen Beifall den Reichsarbeitsminister Dr. Curtius und den als Vertreter des Reichsarbeitsministers erschienenen Reichsarbeitsdirektor Dr. Weiger, den Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Syrup, den Regierungspräsidenten Bergemann, der zugleich den Oberpräsidenten vertritt, dann den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf Dr. Lehmann und den Landeshauptmann Dr. Hofmann sowie Professor Dr. Schloßmann, den Leiter der Geselei.

Seipart weist dann darauf hin, daß die große Ausstellung der Stadt Düsseldorf bestimmd war für die Wahl des Tagungsortes. Aber nicht nur Schaulust führt die Vertreter der Gewerkschaften zur Ausstellung, sondern der Bundesauschuß will durch seine Anwesenheit das beste Interesse der Gewerkschaften am Gegenstand dieser Ausstellung bekunden und zugleich die Größe der Arbeiterkraft der Stadt Düsseldorf und der Ausstellung übermitteln. Nachfolgende Entschlüsse wurden vom Bundesauschuß zum Zeichen dieses Interesses und zum Ausdruck dieses Grußes angenommen:

„Die Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen hat den Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranlaßt, seine den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und des Unfallversicherung dienende Tagung in Düsseldorf abzuhalten. Der Bundesauschuß begrüßt das großartige und bedeutungsvolle Werk dieser Ausstellung, an deren Entstehen die gleichen Ideen mitgewirkt haben, die auch von den Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterschaft vertreten werden. Körperliche und geistige Gesundheit, sozialer Schutz der Arbeitskraft, Fürsorge für Hilfsbedürftige, alle diese dem Volksganzen dienenden Bestrebungen sind stets auch Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften gewesen. Wenn daher der Bundesauschuß das Zustandekommen dieser Ausstellung als einen Beweis der Stärkung dieses sozialen Geistes würdigt, so gibt er zugleich seiner Hoffnung Ausdruck, daß auch in schweren Zeiten dieser Geist nicht verloren gehen wird, sondern daß die Bedeutung des Menschen in der Wirtschaft, und die Notwendigkeit und Erhaltung der Pflege der Arbeitskraft mehr als bisher anerkannt wird. Nicht zuletzt erwartet der Bundesauschuß diese Erkenntnis von den zuständigen Regierungstellen und von der parlamentarischen Vertretung, die bei der Verabschiedung sozialpolitischer Gesetze die Verantwortung für des Volkes Gesundheit und Wohlergehen auf sich nimmt.“

Im Namen der Stadt Düsseldorf und der Stadterweiterung gibt Oberbürgermeister Dr. Lehmann seinen Freude darüber Ausdruck, daß der Bundesauschuß Düsseldorf als Tagungsort gewählt hat.

Regierungspräsident Bergemann, der nach dem Oberbürgermeister das Wort ergreift, um den Bundesauschuß zu begrüßen, erinnert an die innigen persönlichen Beziehungen, die er seit langer Zeit zur Gewerkschaftsbewegung hat. Nun seien zu diesen persönlichen Beziehungen starke amtliche Beziehungen hinzugekommen. Er entbiete den Gewerkschaften den Gruß im Namen des Oberpräsidenten wie in seinem eigenen Namen.

Sobann beginnen die Beratungen über die Lage des Arbeitsmarktes und die Erwerbslosenfürsorge. Als Berichterstatter erhält der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Dr. Broder, das Wort. Er führt aus:

„Der minimale Rückgang der Erwerbslosigkeit im ersten Halbjahr dieses Jahres hat die pessimistischsten Erwartungen übertroffen. Die Frühjahrskonjunktur für Baugewerbe und Landwirtschaft hat eine nur geringe Beeinträchtigung des Arbeitsmarktes im günstigen Sinne bewirkt. Am 15. Februar betrug die Zahl der Hauptunterstützten 2 058 853, sie verminderte sich bis zum 15. März auf 2 017 461, am 15. April auf 1 898 626, am 15. Mai auf 1 734 429 und stieg bis zum 15. Juni wieder auf 1 749 111. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen unter Einrechnung der Nichtunterstützten ist noch um 25, bis 30 Proz. höher zu schätzen.“

Die Zahl der Ausgewerteten braucht noch nicht allzu hoch angenommen zu werden, doch waren am 15. Juni bereits 276 000 Erwerbslose über sechs Monate und 856 000 über drei Monate unterstützt.

Am schwersten betroffen sind immer noch das Baugewerbe mit nach der freigewerkschaftlichen Statistik 22,9 Proz. Arbeitslosen, Betriebsarbeiter mit 23,2, Textilarbeiter 19,9, Hutarbeiter 36,4, Schuhmacher 32,3, Lederarbeiter 25,2, Sattler und Portefeuille 31,7, Laborarbeiter 87,7, bei den Metallarbeitern schließlich 20,6 und bei den Holzarbeitern 28,9 Proz.

Die Zahl der Kurzarbeiter entspricht ungefähr der Zahl der Vollerwerbslosen.

Die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit sind zu suchen vor allem in dem Mißverhältnis zwischen der Produktionsfähigkeit unserer Industrie und der Abnahmmöglichkeit auf dem In- und Auslandsmarkt. Immer größere Massen werden auch infolge der technischen und organisatorischen Rationalisierung arbeitslos. Eine besondere Notlage ist im Bergbau zu verzeichnen. Eine Reihe von Industrien werden durch das Dumping der Inflationsländer bedroht.

Aufgabe ist heute einmal, der akuten Notlage des Millionenheeres der Arbeitslosen durch eine nach Höhe und Dauer ausreichende Unterstützung zu steuern, zweitens alles in die Wege zu leiten, was der Bekämpfung der Wirtschaft insgesamt dienen kann, und dort, wo sie aus sich heraus nicht alle möglichen Arbeitsgelegenheiten ausnutzt, nachzuhelfen und derartige Arbeiten gegebenenfalls aus öffentlichen Mitteln zu fördern.

Die Forderungen der Gewerkschaften nach Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen sind keineswegs wirtschaftsfeindlich, denn sie dienen nicht zuletzt auch der Erhaltung der Kaufkraft. Die notwendigen Sätze können nicht als ausreichend angesehen werden. Geändert werden muß auch das heutige System der Unterstützung, das ein Mittelglied aus Fürsorge und Arbeitslosenversicherung darstellt. Der Breslauer Gewerkschaftsverband hat die beschleunigte Durchführung der Arbeitslosenversicherung gefordert. Die Verabschiedung dieses Gesetzes wird aber wahrscheinlich noch längere Zeit auf sich warten lassen. Aus dieser Erwägung heraus haben die Gewerkschaften am

15. März d. J. an das Arbeitsministerium den Antrag gerichtet, in einer „Zwischenlösung“ gewisse Grundzüge der Versicherung, vor allem die Staffelung der Unterstützung nach Lohnklassen und die Beteiligung der Bedürftigkeitsprüfung vorwegzunehmen. Die Gewerkschaften gingen dabei von der Erwägung aus, daß der heutige Zustand, der keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung trotz Beitragsleistung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anerkennt, der ferner das ungerechte Prinzip der Bedürftigkeitsprüfung anzuwenden erlaubt, der insbesondere eine recht willkürliche Staffelung der Unterstützungssätze nach Wirtschaftsgebieten und Distrikten zugrunde legt, schon vor Verabschiedung des Gesetzes Verbesserungen erfahren müßte.

Eine Einigkeit über diese Zwischenlösung konnte jedoch nicht erzielt werden, da die Regierung als Vorschlag für die der Unterstützungsbemessung zugrunde zu legenden Lohnklassen eine Einteilung vortrug, die noch unter dem Blick, was der ursprüngliche Regierungsentwurf vorgeesehen hatte. Nach dem Regierungsvorschlag sollten vier Einheitslohnklassen mit dem Wochenbruttoschmittlohn von 12 Mt., 15 Mt., 21 Mt. und 33 Mt. eingeführt werden. Von dem Einheitslohn sollte der Ledige 40 Proz., der Erwerbslose unter 18 Jahren in den oberen Klassen nur 35 Proz. erhalten, der Familienzuschlag sollte für Frau und Kinder je 5 Proz., die Gesamtunterstützung im Höchstfalle 65 Proz. des Einheitslohnes ausmachen. Die Durchführung dieses Vorschlages hätte eine generelle Verschlechterung der geltenden Unterstützungssätze bedeutet. Die Gewerkschaften schlugen demgegenüber als Einheitslohnklassen folgende acht vor: 12 Mt., 15 Mt., 21 Mt., 27 Mt., 35 Mt., 45 Mt., 55 Mt., 65 Mt. Als Unterstützung sollte in den untersten Klassen 1 und 2 60 Proz. des Einheitslohnes und für die Klassen 3 bis 8 50 Proz. gelten. Als Familienzuschlag sollte 7½ Proz. für die Frau und für jedes Kind gewährt werden, die Gesamtunterstützung im Höchstfalle 80 Proz. betragen.

Da auch im Reichswirtschaftsrat über die Zwischenlösung, vor allen Dingen über die finanzielle Auswirkung der verschiedenen Vorschläge keine Einigung erzielt werden konnte, hat die Regierung vorerst eine Erhebung über die Auswirkung der Lohnklassenstaffelung angeordnet, deren Ergebnis abzuwarten bleibt. Inzwischen gilt es, auf dem Boden des bestehenden Systems an der Verbesserung der Unterstützung weiterzuarbeiten. Die Verlängerung der Geltungsdauer der heutigen Sätze bis zum 27. November d. J. kann nicht genügen. Eine Erhöhung ist unbedingt erforderlich. Ebenso ist es notwendig, daß die Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit gewährt wird, da sonst die Fürsorge für die Ausgewerteten die Gemeinden zu stark zu belasten droht.

Die seit dem 20. Februar d. J. geltende Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge muß als gänzlich unzureichend bezeichnet werden. Vor allen Dingen ist es ungerechtfertigt, daß der erste und zweite ausfallende Arbeitstag in einer Woche überhaupt nicht entschädigt wird. Der Kurzarbeiter findet infolgedessen häufig unter die Bezüge des Vollerwerbslosen.

Als eine besonders wichtige Aufgabe wird von den Gewerkschaften die Vermehrung der produktiven Arbeiten bezeichnet. Die Zahl der Vollstandsarbeiter ist von 170 000 am 15. Mai auf 154 000 am 15. Juni gesunken. Sie müßte aber um ein Erhebliches vermehrt werden. Das in jüngster Zeit vom Reichstag aufgestellte Programm für die Durchführung produktiver Arbeiten entspricht den immer wieder betonten Forderungen der Gewerkschaften. Die Förderung des häuslichen und ländlichen Wohnungsbaus, des Straßenbaus, die Kultivierung der Dedlandsflächen und Moorgebiete, die Schiffbarmachung deutscher Flüsse, Kanalisationsanlagen, sofortige Durchführung aller für Reichsbahn und Reichspost in absehbarer Zeit notwendig werdenden Arbeiten muß beschleunigt durchgeführt werden. Hierzu bedarf es eines einheitlichen Planes und eines festen Willens zur Überwindung aller Schwierigkeiten, die nicht zuletzt in den Widerständen und Kompetenzstreitigkeiten der Verwaltung zu suchen sind. Es bedarf natürlich vor allem auch einer großzügigen Finanzierung, d. h. einer starken Inanspruchnahme von Krediten, notwendigenfalls auch von Staatsanleihen.

Die Gewerkschaften fühlen sich für die allgemeine Lage der Arbeiterschaft ebenso verantwortlich wie auch für die Lage der gesamten deutschen Wirtschaft. Sie können nicht anerkennen, daß zwischen den Bestrebungen, die auf eine Verbesserung des sozialen Lebensstandards der breiten Massen hinzuliegen und zwischen dem Wohlergehen der gesamten Volkswirtschaft ein Gegensatz besteht. Sie sind darum der festen Überzeugung, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heute Hauptaufgabe sowohl der Sozialpolitik wie der Wirtschaftspolitik selbst ist. Von dem Willen der Gesamtheit, die Opfer zu bringen, die zur Rettung aller derzeit notwendig sind, die heute der Verelendung andeinzufallen drohen, ist die ungestörte Entwicklung und die Garantie friedlichen nationalen Zusammenlebens abhängig. Gegenüber der Masse der Erwerbslosen sowohl wie gegenüber der gesamten Öffentlichkeit erklären die Gewerkschaften, daß bei ihnen dieser feste Wille vorhanden ist, und daß



se ihren Einfluss bis zum letzten einsehen werden, um der Verwirklichung der aufgestellten Forderungen zu dienen.

In der Debatte nahmen bekannte Gewerkschafter, wie Dismann, Paepflom, Larnow und Simon das Wort, und in ausführlicher Weise auch die Vertreter der Behörden. Leipart stellt als Ergebnis der Aussprache fest, daß unter den amtierenden Vertretern der Verbände...

Hierauf folgte die Annahme der Entschließung, welche wie bereits in der vorigen Nummer unserer Zeitung brachten.

Am zweiten Tage begrüßte der Bundesausschuß in einer besonderen Entschließung die in denselben Tagen in Düsseldorf versammelte Jugend in Rheinland und Westfalen.

Dann sprach der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Spruy über die Förderung des Arbeiterschutzes.

Leipart hält eine Debatte über den instruktiven Vortrag nicht für nötig, da der Bundesausschuß sich den Wünschen und Forderungen des Vortragenden gerne anschließen wird. Die Gewerkschaften haben eine große Anzahl von Funktionären, die reiche Erfahrungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes besitzen und sich reifermäßig oder nebenamtlich damit beschäftigen.

Der Bundesausschuß nahm darauf folgende Entschließung über Arbeiterschutz einstimmig an: Der Bundesausschuß nimmt mit großem Interesse davon Kenntnis, daß der dem Arbeiterschutz gewidmete Teil des Reichsarbeitsrats mit ihm die Sonderausgabe 'Arbeiterschutz' tätig in erhöhtem Maße dem Verständnis und Gehaltsbreite breiter Arbeitnehmerkreise angepaßt werden soll.

Im Anschluß daran nahm das Wort der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie, Prof. Dr. Wüster (Berlin) zu einem Vortrag über 'Aufgaben und Ziele der Arbeitsphysiologie'. Wir müssen es uns leider verlagern, dieses mehr wissenschaftliche Referat hier wiederzugeben. Es handelt sich um Untersuchungen, die Ermüdungserscheinungen beim Arbeitsprozeß zu studieren, und wieviel durch bestimmte Methoden und Umänderung der Werkzeuge und Maschinen einer unnötigen Ermüdung entgegenzuwirken werden kann.

Leipart erinnerte daran, daß der Bundesausschuß in einer früheren Sitzung beschlossen hatte, daß der Bundesausschuß in die Kuratorien des Instituts für Arbeitsphysiologie eintreten und auch einen finanziellen Beitrag leisten sollte. Der Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat kürzlich beschlossen, an den Ausbau dieses Instituts heranzutreten.

Der Direktor der Wirtschaftsschule in Düsseldorf, Dr. Seebach, gab dann einen interessanten Überblick über die Tätigkeit und die Einrichtungen der ihm unterstellten Schule.

Im Anschluß an diese Ausführungen erstattete dann Leipart den Bericht des Bundesvorstandes über seine Tätigkeit in den abgelaufenen Monaten. Zunächst ging er in längeren Ausführungen, die von dem Vertreter des Bundesverbandes, Böding, und dem Vertreter des Bundesverbandes der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitungen, Dr. Martini, ergänzt wurden, auf die vom ADGB den englischen Gewerkschaften gewährte moralische, organisatorische und finanzielle Unterstützung ein und wies die völlige Haltlosigkeit der Angriffe der kommunistischen Presse gegen die deutschen Verbände nach.

denen der Bundesausschuß zu einer wirksameren Unterstützung der streikenden englischen Bergarbeiter aufgefördert werden sollte, ist nicht viel geworden. Es sind im ganzen kein Telegramme und ein Brief eingelaufen, in denen Maßnahmen gefordert wurden, die die Gewerkschaften schon längst von sich aus durchgeführt haben.

Am weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam Leipart noch auf die Bildung des territorialen Bundesinnerhalb des Fabrikarbeiterverbandes zu sprechen. Der Bundesvorstand hat gemäß den Breslauer Kongreßbeschlüssen an den Verhandlungen mitgewirkt. Leipart dankte dem Vorsitzenden der Glasarbeiter, Gierbig, und dem Vorsitzenden der Porzellanarbeiter, Wolkmann, dafür, daß sie im Interesse der Gesamtbewegung sich für den Zusammenschluß ihrer Organisationen, die auf eine ruhmvolle Vergangenheit zurückblicken können, mit dem Fabrikarbeiterverband eingestellt haben.

Leipart erhielt die Zustimmung des Bundesausschusses zu dem Plan, einen zeitlichen Sekretär im Zentralarbeitssekretariat beim Bundesvorstand einzustellen. Für diesen Posten ist Kollege Bachhaus gewonnen worden, der schon bis zum Jahre 1923 mehrere Jahre im Zentralarbeitssekretariat tätig war.

Nach einigen weiteren geschäftlichen Mitteilungen schloß Leipart die Sitzung.

Das Schulfeld auf dem Lande.

D. L. V. Das ausgezeichnete Buch von Frau Dr. Helene Simon 'Landwirtschaftliche Kinderarbeit' hat dazu geführt, daß der Kindererziehung und -behandlung auf dem Lande wieder mit größerem Interesse begegnet wird. Es liegen sogar schon zahlreiche Aufträge von rechtsprechenden Kreisen vor, in denen auf die Notwendigkeit, hier reformierend zu wirken, mit aller Entschiedenheit hingewiesen wird.

Mit Rücksicht auf diese Tatsache gewinnt ein Bericht große Bedeutung, den ein Schulmann an eine ostpreussische Regierungsstelle über seine Beobachtungen im Schulwesen eines ostpreussischen Kreises - den Namen wollen wir aus bestimmten Gründen nicht nennen - erstattet hat.

Der Bericht schildert zunächst, wie es mit der achtjährigen Schulpflicht, die doch ein jedes deutsche Kind überleben soll, in Wirklichkeit aussieht. Danach wurden aus der Schule in K. im Laufe einiger Jahre 60 Kinder wegen Vollendung ihrer Schulpflicht entlassen. Von diesen Kindern gingen zur Schule: 7 Kinder 8 Jahre, 1 Kind 7 Jahre und 11 Monate, 1 Kind 7 Jahre und 9 Monate, 1 Kind 7 Jahre und 8 Monate, 2 Kinder 7 Jahre und 6 Monate, 20 Kinder 7 Jahre und 5 Monate, 7 Kinder 7 Jahre und 4 Monate, 6 Kinder 7 Jahre und 3 Monate, 1 Kind 7 Jahre und 2 Monate und 12 Kinder 7 Jahre. Aus einer anderen Volksschule wurden 1924 und 1925 nach Vollendung der Schulpflicht 60 Kinder entlassen. Von diesen 60 Kindern gingen zur Schule: 12 Kinder 8 Jahre, 14 Kinder 7 Jahre und 9 Monate, 32 Kinder 7 Jahre und 6 Monate und 11 Kinder 7 Jahre. Eine weitere Volksschule entließ in den Jahren 1924 und 1925 242 Kinder. Von diesen gingen zur Schule: 92 Kinder 8 Jahre, 124 Kinder 7 Jahre und 6 Monate, 66 Kinder 7 Jahre.

An anderer Stelle des Berichtes werden dann Beispiele für die Differenz erbracht, die in manchen Orten zwischen der Zahl der erforderlichen 240 Unterrichtstage pro Jahr und den wirklich gezahlten besteht. Die Beispiele belaufen sich folgendermaßen: In A. war in 7 Jahren Schule an 1597 Tagen. Es fehlten, weil 7 Jahre eine Normalzahl von 1680 Tagen ergeben, 83 Tage. In S. war in 7 Jahren Schule an 1531 Tagen. Es fehlten hier 149 Tage. In R. war in 7 Jahren Schule an 1432 Tagen. Es fehlten 198 Tage.

Der interessanteste Teil des Berichtes ist der, der sich über die Fernhaltung der Kinder vom Unterricht infolge der Verhinderung von Landarbeit ausstreckt. Wir registrieren: In einer siebenklassigen Schule des Ortes B. fehlten wegen der Kartoffelernte: in der sechsten Klasse (lebenfähige Kinder) am 21. September 1925 27 Proz., am 22. und 23. September 1925 je 25 Proz., in der dritten Klasse (zehnjährige Kinder) am 21. September 1925 21 Proz., am 22. und 23. September 1925 je 25 Proz. und in der ersten Klasse (dreizehnjährige Kinder) am 21. September 1925 33 Proz., am 22. September 1925 17 Proz. und am 23. September 1925 20 Proz.

Dann heißt es wörtlich: 'Ein Amisoorfester veranlaßte, daß Kinder zur Strafe für Equisoriamis für jede Fehlstunde in der Schule auf dem Acker des Gutsherrn, auf dessen Veranlassung und in dessen Interesse sie fehlten, eine Stunde unentgeltlich arbeiteten.'

Lehrer beurlauben Kinder 'großzügig' zur Landarbeit, weil ihnen sonst wirtschaftliche Nachteile erwachsen. Gleichzeitig sind hier und da so viel Kinder beurlaubt, daß der Lehrer vor leeren Bänken unterrichtet.

Lehrer sind durch Landwirtschaft und Bienenzucht sowie durch mangelnde Nebenämter 'hart' überlastet. Lehrer beschäftigen während der Unterrichtszeit Kinder in der eigenen Landwirtschaft sowie im eigenen Garten.

Lehrer nehmen Urlaub zum Besuch des Pferde- und Jochmannortes, zu Geflügelausstellungen usw.

Das sind geradezu haarsträubende Zustände. Sie lassen es erklärlich erscheinen, wenn die Zahl derjenigen, die den Anforderungen des immer härter werdenden Lebenskampfes wegen ihrer unzureichenden und ungenügenden Schulbildung nicht gerecht werden können, immer größer wird.

Selbst kann nur ein Nachwort der zuständigen Behörde. Auch die Gemeindevertretungen und die Kreisparlamente sind nicht ganz ausgeschlossen. An ihnen liegt es, den Gang des länderlichen Schulwesens in schärferer Weise zu beobachten und rücksichtslos einzugreifen, wenn sich Dinge ereignen, die auf Kosten eines geregelten Schulbetriebes gehen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Juni 1926.

Die schwache Besserung in den Monaten April und Mai hat nicht angehalten. Die Mitgliederzahlen am Schluß des zweiten Quartals dürften gegenüber dem Abschluß des ersten Quartals um etwa 1300 männliche und 600 weibliche zurückgehen. Dieser Mitgliederrückgang ist zum nicht unbeträchtlichen Teil zurückzuführen auf Abwanderung von Kollegen und Kolleginnen in andere Erwerbsmöglichkeiten. Trotzdem haben sich die Prozentziffern der Arbeitslosen und Kurzarbeiter erhöht.

Arbeitslos waren am Ende Juni 32,7 Proz. gegen 31,6 Proz. Ende Mai und 36,4 Proz. Ende Februar dieses Jahres. Kurzarbeiter waren vorhanden Ende Juni 26,7 Proz., Ende Mai 25,8 Proz. und Ende Februar 31 Proz.

Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes trifft dieses Mal besonders die Tapezierer und die Fahrzeugbranche, während bei den Dreibriemern eine kleine Besserung zu verzeichnen ist.

Table with 5 columns: Branchen, Beschäftigt männl., weiblich, arbeitslos männl., weiblich, Prozent arbeitslos. Rows: Ledertwaren, Tapezierer, Fahrzeug, Dreibriemer, Sonstige, Zusammen.

Table with 5 columns: Branchen, arbeitslos männl., weiblich, Kurzarbeit männl., weiblich, Prozent Kurzarbeit. Rows: Ledertwaren, Tapezierer, Fahrzeug, Dreibriemer, Sonstige, Zusammen.

Der Ledertwarentarif für Schlesien

Ist nach zweimaliger Verhandlung wieder auf zwei Jahre, und zwar bis zum 30. April 1928, abgeschlossen worden. Es hat sich in der letzten Zeit so herausgestellt, daß die Unternehmer glauben zu solchen Verhandlungen möglichst viele Forderungen zu stellen, um wenigstens in der einen oder anderen Frage etwas zu erreichen. So auch hier. Zum Teil waren es dieselben Forderungen, die man uns in Offenbach unterbreitet hatte, so Wegfall der Feiertagsbezahlung und der Freistunden vor den hohen Feiertagen, Ferienverpflichtungen, die ersten fünf Überstunden ohne Zuschlag, Wegfall des Akkordzuschlages, Heimortbestimmungen verdrängten, Abänderung der Tarifbestimmungen durch Betriebsabmachungen usw. Die ersten Verhandlungen fanden am 8. Juli in Breslau statt, die aber nach wenigen Stunden ausgedehnt wurden mit der Vereinbarung, am 16. Juli in Görtlich weiter zu verhandeln. Vom Vorstand nahmen die Kollegen Blum und Engert daran teil. Die Verhandlungen vollzogen sich in angenehmen Formen und gelang es uns, die Arbeitgeber von ihren Forderungen abzurufen. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse in den anderen Gebieten wurde die Bezahlung der beiden Weihnachtstage und der Freistunden fallen gelassen, dagegen sind die Ferien in der bisherigen Form erhalten geblieben, so daß es schon im fünften Jahre der Betriebszugehörigkeit 8 Tage Ferien gibt. Weiter erliegen anderen redaktionellen Forderungen wurde auch die Ausrüstungsarbeit unter diesen Tarifvertrag gestellt, sowie das Verbot der Heimarbeit für diese Arbeit aufgenommen.

Herr Kurt Arnade-Görtlich gab der Verhandlungskommission nach Gelegenheit, seinen Bericht zu beschließen. Als eine Neuerung wurde uns die Babeeinrichtung gezeigt, die der Arbeiterschaft zur Verfügung steht. Im übrigen haben wir neben mancher machinellen Neuheit im Betrieb auch viele gut durchdachte Einrichtungen zum Transport der Rohmaterialien sowie der fertigen Arbeit.

Bezirkschlichtungskommission der Ledertwaren-, Reise- und Sportartikelindustrie

für den Bereich der preussischen Regierungsbezirke Cassel und Erfurt und Land Thüringen. Sitzung vom 22. Juni 1926 unter dem Vorsitz des Obergerichtspräsidenten Dr. Kroeger. Es wurde über die Einhebung von Cassel in die Ortsklasse I oder II entschieden: Die Bezirkschlichtungskommission kommt nach Erörterung der in Betracht kommenden wirtschaftlichen Verhältnisse zu dem Entschluß, die Stellungnahme der Beschl. in der Sitzung vom 24. Juli 1925 aufrechtzuerhalten, und sie empfiehlt dem Tarifamt, für den Reichstarif der deutschen Ledertwarenindustrie den Beschluß vom 28. Januar in der Frage der Einhebung der Stadt Cassel in Ortsklasse I aufrechtzuerhalten. Begründung: Die Bezirkschlichtungskommission stellte zunächst aus vorgelegten Tabellen der zuletzt gültigen Stundenlohnliste fest, daß im Durchschnitt von 44 Berufen des Lohnniveaus in Cassel sich um einige Pfennige höher darstellt als in Erfurt, welches zurzeit in Ortsklasse II eingereiht ist. Ferner sah es die Beschl. als erwiesen an, daß in Cassel überwiegend ausgebildete Sattler bei Herstellung der Koffer in Zellhohl beschäftigt werden und dabei in ihrem Wochenerwerb schlechter dastehen als die Akkordarbeiter anderer Kofferfabriken, die in Ortsklassen niedrigerer Klasse betrieblen werden. Diese Arbeitsmethode ergibt bei der größeren Sorgfalt auch ein besseres Erzeugnis, das im Handel auch etwas höher bewertet wird.



# UNSERE JUGEND

## Die Jugend vor die Front.

Walter von Molo ist vor kurzem in mutiger klarer Weise an die Öffentlichkeit getreten, um alle freiwillig Bestimmten mobil zu machen gegen einen Gelehenwurf, der uns einen starken Maulkorb zu bringen soll. Der Gelehenwurf hat bereits die meiste Leistung des Reichstagsausschusses hinter sich und dürfte nächstens das Plenum beschließen.

Um was handelt es sich dabei?

Wieder und unbefangenen handelt es sich um ein „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundschriften“.

Als Freunde der Jugend, als Verehrer einer starken Aufwärtsentwicklung der Arbeiterkraft mühten wir an sich begrünen, daß endlich nach einem Wege gesucht wird, der unsere Jugend vor Schmutz und Schund bewahren soll. So sehr wir uns als Organisationen mit der Frage der Jugendbewegung beschäftigen, so sehr wir versuchen, durch aufklärende Vorträge, durch Kurse und andere Veranstaltungen der Jugend eine andere Richtung zu geben, eben so sehr müssen wir uns bogenen werden, wenn in dem Gelehenwurf verlangt wird, daß sich die Träger der Landesprüfstellen, die den Index festlegen, aus wählbaren Vertretern der Kunst und der Literatur des Buch- und Kunsthandels der Jugendwohlfahrt und der Jugendorganisationen, der Lehrerschaft und der Volkshilfsorganisationen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der kirchlichen Behörden in allen Gruppen“ zusammenschließen sollen. Wer einigermaßen die politischen Verhältnisse Deutschlands überfliegt, dem muß auf den ersten Blick klar sein, welche Vergewaltigungsmassnahmen hier geschaffen werden sollen. Die Straße ist heute noch immer eine Macht, mit der wir als Arbeiterkraft rechnen müssen. Die jahrhundertalte Tradition läßt in ganzen Länderstrichen noch immer eine derartige Macht aus, daß bei der Schaffung der Landesprüfstellen das Ministerium einen ungeheuer starken Einfluß gewinnen würde. Erinnern wir uns, ehe es zu spät ist, noch daran, daß wir gerade in letzter Zeit eine ganze Reihe von Prozessen gehabt haben, wo man freihändig gefasste Dichter mundtot machen wollte und es zum Teil auch zustande gebracht hat, weil ihre Werte einem reaktionären Bürgertum auf die Nerven fielen.

Welche Möglichkeiten eröffnen sich nicht in dem Augenblicke, wo aus diese „legensreiche“ Tätigkeit der Jugend“ eröffnen. Was irgendwo in einem Krähwinkel unseres deutschen Ländergewirrs von einer Prüfstelle beauftragt wird, muß im Ortus verschwinden. Der Dichter soll seine Bestimmung nicht mehr offen zum Austrag bringen dürfen. Er wird mit seinem Werk ins Ausland flüchten müssen, wenn er sich nicht um elender Grotesken mühen verkaufen will. In wohlführender Weise soll einer freien starken Aufwärtsentwicklung ein Riegel vorgeschoben werden. Und all das unter dem schönen Deckmantel des „Schutzes der Jugend“. Wir stehen allen bürgerlichen Elementen, die sich auf einmal so stark um die Jugend bemühen, sehr mißtraulich gegenüber.

Wenn man die Arbeiterkraft auf dem Plan sein, wenn es ernsthaft gilt, die Jugend vor Schädigungen zu bewahren. Aber sie wird diese Arbeit in einer anderen Art leisten, als sie hier geplant ist.

Wenn man wirklich der Jugend helfen, sie zu neuem Erleben führen will, dann ändere man ihre Erziehung von Grund aus. Man fange nicht erst dann an, der Jugend helfen zu wollen, wenn sie bereits durch eine Schulerziehung gegangen ist, die ihr soviel unnütziges und zum Teil unwahren, schädlichen Belastung an sogenanntem „Wissen“ mitgegeben hat. Man sehe vor allem in die Schülerbibliotheken, ob dort bereits alles Schädliche aus der Zeit des „Unterrichtsstaaes“ beigefügt ist. Man sehe nach der Lehrerschaft, die zu einem großen Teile auch heute noch schwant, ob sie sich für die Republik oder für das Kaiserium entscheiden soll. Und man sehe vor allen Dingen nach den süddeutschen Ländern, nach Bayern, wo durch das Konkordat die ganze Schulerziehung einseitig festgelegt ist. Hier ist zunächst einmal jedwede Arbeit zu leisten. Arbeit, die vor allen Dingen jeder Erziehungsvorgang zu leisten hat, indem er seine Kinder vor diesen Schädigungen zurückhält. Der Arbeiter muß endlich erkennen, daß es hier für ihn keine Reisetreterei geben kann.

Jeder Arbeiter, der in phrasenhafter Weise in großen Tönen vom Sozialismus, vom Kommunismus und der Republik spricht und seine Kinder in der Schule noch in kirchlich verbotener Weise unterrichtet läßt, ist in Wirklichkeit so reaktionär veranlagt, daß ihm unser besonderer Kampf gelten muß.

Unsere Abgeordneten mögen sich hüten, einem Gesetz die Zustimmung zu geben, das in kein Gegeenteil umschlagen muß, solange die Machtstellungen in Deutschland nicht durch den Willen der Arbeiterkraft selbst geändert worden sind.

Walter von Molo hat mit seinem Aufruf das Richtige getroffen, wenn er die Jugend selbst ruft. Rufen auch wir die Jugend, die angefochten werden soll, rufen wir alle, denen es ernst um eine Höherentwicklung der Menschheit zu tun ist, rufen wir vor allen Dingen unsere Parlamentarier zu, diesen Wahnsinn nicht Gesetz werden zu lassen. Georg Schäfer.

## Rechtsverhältnisse der Lehrlinge bei Konkurs.

Der § 22 der Konkursordnung gestattet die Kündigung längerer Verträge mit der für den Beruf üblichen gesetzlichen Kündigungsfrist. Eine gesetzliche Kündigungsfrist gibt es für Lehrlinge natürlich überhaupt nicht. Andererseits steht der Konkurs der Erfüllung von Lehrverträgen entgegen. Meist kündigen die Konkursverwalter den Lehrlingen stillschweigend. Konkurs ist aber kein Grund zur sofortigen Entlassung der Lehrlinge. Es ist in solchen Fällen Schadenersatzklage zu erheben. Der § 22 durch Urteil anerkannte Schadenersatzanspruch fällt aber nicht unter die §§ 57, 59, 61 der Konkursordnung, ist also weder Befreiung noch beschränkte Konkursforderung, sondern nur Konkursforderung, deren Befriedigung aus der Konkursmasse erfolgt. Das dauert erstens sehr lange, und zweitens gibt es meist nur wenige Prozent oder oft auch gar nichts. Daher ist zu empfehlen, mit dem Konkursverwalter einen billigen Vergleich abzuschließen, der die Interessen beider Teile angemessen berücksichtigt. Siehe hierzu auch eine die anerkannte Rechtslage anschaulich wiedergebende Entschelbung des Kaufmannsgerichts Stuttgart vom 23. Dezember 1925 (Gemeinde- und Kaufmannsgericht, Februar 1926, Spalte 254).

Clemens Röppel.

Diese Umstände stehen es gerechtfertigt erscheinen, die Befreiung des Platzes Cassel in eine höhere Ordinalklasse zu befürworten und dadurch den beteiligten Arbeitern die Subtilisierung eines um 5 Proz. höheren Lohnes zu ermöglichen.

## Aus unseren Berufstreifen.

**Bundestag der Sattlermeister in Bremen.** Am 25. Juli und folgende Tage ist ein großes Treffen in Bremen. Man wird sich dort mit den verschiedensten Fragen des Handwerks beschäftigen. Angehört wird auch die Frage eines Reichstages für die Sattlerei zur Debatte. Von dem Gedanken, mit dem Tapezierer- und gemeinlich diese Frage zu fördern, ist man anscheinend wieder abgekommen. Auch bei uns hätte man auf keine Gegenliebe gestoßen. Anders liegt es schon mit einem Mantelartikel für die Sattlerei. In einzelnen Innungen hat man schon darüber diskutiert, und zwar im zunehmenden Sinne, so daß auch unsere Ortsverwaltung sich einmal mit dieser Frage beschäftigen können. Neue Wege würden damit so nicht beschritten, da bereits mehrere Jahre lang ein Reichsarbeitsvertrag bestanden hat. Neben solchen Fragen wird man sich auch mit „Anregungen“ aus den Innungstreifen beschäftigen. So liegt zum Beispiel von den Sattlermeistern der Niederelbe eine Anregung zum Verbandsstag vor, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Reichsverband möge für die Bundesversammlung eine Entschelbung vorbereiten und diese der Versammlung unterbreiten, die besagt, daß die Erwerbslosenfürsorge in keiner Form ausgebaut werden darf, insbesondere nicht an einem Ort, wo die Versicherung gemäß dem Regierungsentwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung umgestaltet werden soll. Wir wollen damit vermeiden, daß sich etwa im Laufe der Zeit ein neuer Berufsstand „Erwerbslose“ bildet.“

Es ist geradezu eine Unverschämtheit, wenn sich diese selbständigen Kräfte erlauben, in diesen Fragen überhaupt den Mund aufzumachen. Unsere Sattler- und Tapezierermeister helfen ihr reichliches Teil dazu, die Arbeitslosen zu vermehren. In der letzten Zeit haben wir wiederholt auf die unsinnige Behaltenshaltung in unseren Gewerbe hingewiesen und wie es zum Beispiel in Frankfurt a. M. Ober aussieht. Im Tapezierergewerbe werden bei 29 Tapezierergehilfen 27 Lehrlinge gehalten. In den Sattlereien werden 2 Gesellen und 14 Lehrlinge beschäftigt. Daneben 9 arbeitslos und 10 Kurzarbeiter. Wo sollen diese 27 bzw. 14 Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehre hin? Darauf müssen diese Kräfte keine Antwort. Wir hoffen, daß der Verbandsstag der Sattlermeister aus Anstandsgefühl solchen Anregungen die verdiente Behandlung antehalten läßt.

**Internationale Konferenz der Lederindustriellen.** Am Anfang dieses Monats fand in London eine Konferenz der Lederfabrikanten statt, die wohl von den meisten Großstädten besucht wurde. Da die Haut ein Lebererzeugnis ersten Ranges ist, liegen die internationalen Innungstreifen der Hand. Hoffentlich findet man Wege, die auf eine Verbilligung der Rohware hinauslaufen.

**Neuorganisation der deutschen Häutewirtschaft.** Wir entnehmen dem „Berliner Tageblatt“ eine Notiz, wonach

in Hamburg die deutsche Fleischerinnung tagte, die sich vornehmlich mit den Zuständen auf den Häuteaktionen beschäftigen. Es wurde dabei betont, daß auch die zuständigen Ministerien mit den neuen Plänen einverstanden wären, ohne aber dem großen Publikum zu verzeihen, was eigentlich geplant ist. Man behauptete, daß es nicht möglich ist, auf den Aktionen die gewünschten Preise zu erzielen und daß der Weiterverkauf der zurückgegangenen Lose erschwert ist. Dem soll anscheinend abgeholfen werden. Zwischen den Zeiten ist zu sehen, daß der Konkurs das Opfer dieser Reformen sein wird und alles getan werden soll, um die Rohhaut noch mehr als wie bisher zu verteuern.

**„Zurück zum Pferd“** so lautet der Kampfruf des Reichsverbandes der Kaltblützüchter Deutschlands. In der Tat ist man durch die rasende Schnelligkeit, mit der die Motorisierung der Straße in den letzten Monaten vor sich gegangen ist, im allgemeinen der Auffassung, daß das Pferd fast völlig verschwunden ist. Insbesondere dürfte der Berliner dieser Meinung sein, und doch ist dieses ein völliger Trugschluß. Im letzten Jahre hat in Berlin noch eine Zunahme stattgefunden und wurden 45 934 Pferde gegen 44 683 im Vorjahre gezählt. Auch will man durch den Ausschreiben des Reichsverbandes deutscher Pferdehändler in den darauf eingegangenen Antworten deutlich eine Rückkehr zur Pferdehaltung festgestellt haben. Man kann den Kaltblützüchtern vielleicht zustimmen, daß in vielen Fällen unüberlegt und mit wenig Vorteil verbunden man zur motorischen Kraft übergegangen ist, aber darüber dürfte doch kein Zweifel bestehen, daß dem Kraftwagen die Zukunft gehört. Man will nun in Deutschland den Zusammenschluß aller der Kreise fördern, die zum Pferde in irgendwelche Beziehungen gebracht werden können, also auch einschließend der Sattler und Wagenbauer. Es wird weiter darauf verwiesen, daß in Amerika und auch neuerdings in Frankreich Bewegungen entstanden sind, die den Zusammenschluß der Pferdeinteressenten fördern sollen. Man befragt sich darüber, daß das Reich in den letzten Jahren 40 Millionen Mark Betriebsbeiträge an die Betriebe gegeben habe zur einseitigen Begünstigung für den Motor, an das Pferd habe man nicht gedacht.

Die Pferdehaltung wird nicht ganz verschwinden, sie wird aber innerhalb der Gesamtwirtschaft nicht mehr die Rolle spielen und auch nicht annähernd, wie in früheren Jahrzehnten. Die Zeiten der hühnen Sattlertunf will werden nicht mehr wiederkehren. Wir leben nun einmal im Zeitalter der Mechanisierung, das werden auch die Kaltblützüchter noch erkennen müssen.

**Aus der „Deutschen Ledertreibwarenindustrie“.** In dem gleichnamigen Organ der Arbeitgebervereinnigung wird in verschiedenen Artikeln Stellung zur Lage genommen. In interessanter Weise behandelt eine Arbeit „Den Aufstieg“. Ob dieser Artikel Redaktionsarbeit ist oder von ihr befreit wird, wissen wir nicht, möchten es aber stark annehmen. Wir gehören auch nicht zu den Bestimmten, aber in dem Rückgang der Konkurrenz und der Geschäftsaussichten schon einer Umwälzung der Krise zum Besseren zu erblicken, scheint doch etwas starker Optimismus zu sein. Es fällt uns dieses um so schwerer, angesichts der Zahlen an anderer Stelle unseres Blattes über die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands. Wir neigen auch zu der Auffassung, daß der Tiefstand der Krise wohl erreicht ist und daß die Möglichkeit bestände, den Aufstieg zu beginnen. Wir stimmen dem Verfasser

aber vollinhaltlich zu, soweit er die falsche Zinspolitik unserer Banken und vor allem die der Reichsbank als einen der schwerwiegendsten Momente bezeichnet, die den Aufbau hindern. Der Reichsbankdiskont ist jetzt zwar wiederum um 1 Proz. herabgesetzt worden und beträgt 6 Proz. gegenüber 7 Proz. im vorigen Monat. Die Auswirkung dieses Zinsfußes auf die Privatbanken wird immer noch den Zinsfuß für Privatkredit auf 12 Proz. halten. Zu einer falschen Schlussfolgerung kommt aber der Mann, der glaubt, daß durch das Sinken des Großhandelsindex auch gleichzeitig ein Sinken der Löhne folgen müsse. „Von der Lohnseite geschähe nichts um die Krise zu überwinden“, so der Kritikschriftsteller. Ist es schon an sich falsch, Großhandelsindex und Lohnindex miteinander in Verbindung zu bringen, weil sehr oft die Kleinhandelspreise dem Großhandel nicht folgen, sofern solche sinken, so übersieht der Verfasser ganz und gar, daß heute Hunderttausende von Arbeitern mit dem Lohn von 24 Stunden 7 Tage leben müssen, und daß ferner die Löhne überhaupt nicht in Paritätstellung mit den Lebensmittelpreisen gebracht werden konnten.

Nicht minder interessant ist ein Aufruf an die Riemensfabrikanten, in dem die Rationalisierung der Ledertreibwarenindustrie gefordert wird. Dieser „geschätzte Mitarbeiter“ der „LW“ verweist auf die Zwangswirtschaft während des Krieges, wo mittels der Riemensfreigabestelle es vielen Fabrikanten besser gegangen sei als früher oder später. Es ist wohl das erste Mal, daß ein Arbeitgeber ein Loblied auf die verlorene Zwangswirtschaft singt, aber darin irrt der gute Mann ganz gewaltig, wenn er glaubt, daß es die deutsche Wirtschaft vertragen, wenn Hunderte von Fabrikanten mit ihren rückständigen Einrichtungen in gewissen Zeitabständen nur die Hand aufzuhalten brauchen, wie es seinerzeit wohl gewesen ist. Eine solche Reform wird manden Betrieb völlig verschwinden lassen.

Immerhin ist es erfreulich, wenn es Ledertreibwarenfabrikanten gibt, die noch an eine Zukunft glauben. Diese Industrie wird als der Barometer angesehen für den Aufstieg sowohl, als auch für den Abstieg.

## Aus den Gewerkschaften.

**Das Zentralkomitee der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederarbeiter** tagte am 19. und 20. Juni in Frankfurt am Main. Alle Mitglieder waren anwesend. Am ersten Tage erstattete der internationale Sekretär einen ausführlichen Bericht über die Zeit vom Juli 1925 bis Juni 1926, der nach kurzer Ausprache gutgeheißen wurde.

Die wichtigste Frage der Tagesordnung „Internationale Streitunterstützung“ wurde am zweiten Tage diskutiert, in Gegenwart des Kollegen Luther aus Stockholm, der vom internationalen Sekretär Simon eingeladen worden war, an der Diskussion dieser Frage teilzunehmen.

Als Tagungsort des nächsten internationalen Kongresses, 1927, wurde London bestimmt.

Ein ausführlicher Bericht über die Sitzung wird durch das Internationale Sekretariat herausgegeben. Wir kommen darauf noch zurück.

Die Sattler, Riemen- und Tischner Oesterreichs hatten am 18. und 19. Juli eine außerordentliche Generalsammlung ab mit der Tagesordnung: Beschlußfassung über



die Auflösung des Fachvereins und über den Anschluß an den Verband der Lederindustrie.

Vorliegende Notiz entnehmen wir der Korrespondenz für die Internationale Lederarbeitervereinigung. Soeben legen wir nun im Fachblatt unserer Bruderorganisation, daß sich die ganzen Verhandlungen zerlegt haben und die außerordentliche Generalversammlung abgesetzt wurde. Schwermüde Vornitze werden dem Obmann und Kassierer des Lederarbeitervereins gemacht, die in Artikel unfair Stellung gegen die Verschmelzung genommen haben.

**Keramischer Bund.** Glasarbeiterverband und Porzellanarbeiterverband haben ihre Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband beschlossen. Im Rahmen des letzteren bilden sie nunmehr den Keramischen Bund. Er hat seinen Sitz in Berlin. Zu seinen Aufgaben gehört im besonderen die Interessensvertretung der Glas-, Porzellan- und Steingutarbeiter sowie der Ziegelindustrie, der Grobkeramik und der Baustoffindustrie. Der Bund nimmt am 1. August seine Tätigkeit auf.

Der Verband der Kupferschmiede, der soeben sein vierzigjähriges Bestehen feiern konnte, hielt in der letzten Juniwoche seinen ordentlichen Verbandstag ab, auf dem man sich vornehmlich mit dem Problem der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband beschäftigte. Trotzdem hier die Beziehungen recht eng sind und der Vorstand sich nicht gegen die Verbindung ausspricht, wurde mit 16 gegen 10 Stimmen beschlossen zunächst nur in ein Kartellverhältnis zum Metallarbeiterverband zu treten. Dem Vorstand wird anheimgestellt, an einem ihm passenden Zeitpunkt, gegebenenfalls noch vor dem nächsten Verbandstag eine Abstimmung unter den Mitgliedern herbeizuführen.

Der Verband Deutscher Buchdrucker feierte gleichzeitig mit der Tagung seines diesjährigen Verbandstages, der in Berlin vom 21. bis 26. Juni stattfand, sein sechzigjähriges Bestehen. Unsere Buchdrucker gehören zu den ältesten Gewerkschaften; sie sind überhaupt die ersten auf dem Plan gewesen. Die Feiertage hat noch deshalb eine besondere Bedeutung, weil die Buchdrucker wenige Wochen vorher ihr neues Verbandshaus bezogen hatten. Diese neue Stätte im Rahmen der Wahrscheide deutscher Arbeit zeigt die Wirkung, was ein geheimer Wille alles vermag. Der Berliner Verbandstag zeigte in seiner ganzen Aufmachung in Verbindung mit der Jubelfeier, einen recht würdevollen Verlauf. Die Frage des Industrieverbandes fand eine Lösung, die recht deutlich zeigt, daß es auch noch Organisationen gibt, die nicht der alleinigen Firmengewinnmaximierung nachsehen. Vor allen Dingen kommt es darauf an, wie der fragliche Berufsstand erlangt ist. Bei den Buchdruckern gibt es kaum Inorganisierung, daher auch die Selbstständigkeit und das sichere Auftreten in allen den Verband betreffenden Fragen. Ueber die inneren Einrichtungen dieses Verbandes ist früher an dieser Stelle schon öfter hingewiesen worden. Der Beitrag beträgt pro Woche 1,60 M. für alle Mitglieder. Hierzu kommen noch erhebliche Gew- und Sozialbeiträge. Die Buchdrucker werden auch ferner die Pioniere der Gewerkschaften bleiben.

**Verbandstag der Schuhmacher.** Am Tage nach dem Volksentscheid wurde in Frankfurt a. M. der 21. Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher eröffnet. Die Mitgliedschaft war durch 67 Delegierte vertreten und außerdem durch die Bezirksleiter und die Vorstandsmitglieder. Gäste waren erschienen aus England, Dänemark, Schweden, Oesterreich, Tschechoslowakei und aus Frankreich. Aus Deutschland waren Vertreter des Wertmeisterverbandes in der Schuhindustrie erschienen sowie Arbeiter vom Lederarbeiterverband und Bismarck von unserer Delegations. S a b a t h vertrat den DGB.

Der zweite Vorsitzende K e g gab den Vorstandsbereich. Trotz der ungetreuen Krise, von der die Schuhindustrie schon seit Jahren getroffen ist, hat sich die Mitgliedszahl noch gehalten, wenn auch einige Verluste zu buchen sind. Einen dreien Rahmen nahmen die diesjährigen Reichstagsverhandlungen ein; die Diskussion hierüber wurde in geschlossener Sitzung geführt. Die Kommunisten wählten sich gegen die Kritik, welche Leg an ihrer Tätigkeit in der Berichtsperiode geübt hat, fanden aber infolge ihrer wenig gut geführten Debatte keinen Widerhall im Kreise der Delegierten. Reichstagsabgeordneter K u f f e r hielt einen Vortrag über die Arbeitsverhältnisse, und der Vorsitzende S i m o n über die Wirtschaftslage Deutschlands. Beide Reden wurden gut aufgenommen und entsprechende Resolutionen angenommen.

Auch fasste der Verbandstag einen Beschluß, wonach die beiden Vorstände des Verbandes im Herbst dieses Jahres eine Studienreise nach Amerika unternehmen sollen. Die Statuten wurden entsprechend den Beschlüssen aller anderer Verbandstage des letzten Jahres reformiert. Die Schulbuchreihe hat schon seit Jahren eine scharfe Krise durchzumachen, was nicht unberücksichtigt bleiben konnte. Die Wahlen zehnten die Wiedereinsetzung aller Vorstandsmitglieder in ihre bisherigen Ämter.

**Rundschau.**

Die „Eigenhilfe“, Jener- und Sachversicherungs-Vereinsgesellschaft, Hamburg, ein auf gemeinsamer Grundlage beruhendes Unternehmen der Genossenschaften und Gewerkschaften, hat ihren Betrieb eröffnet. Sie ruht hiermit allen organisierten Arbeitern und Angestellten die Konzeptionshilfe in Erinnerung, durch die sie verpflichtet sind, bei ihren eigenen Unternehmungen Versicherungsgesellschaften zu suchen.

Wenn die Erhaltung seiner teuer erworbenen Habe am Herzen liegt, wer sich gegen ein plötzlich hereinbrechendes Unglück schützen will, der verschere ihm nicht bei der „Eigenhilfe“ und lorge gleichzeitig dafür, daß dieselbe überall Eingang findet. Bei billiger Prämienberechnung werden sämtliche Versicherungen gegen Feuer, Einbruchdiebstahl usw. übernommen. Im Schadensfalle wird eine sofortige Regulierung zugelegt. Anfragen sind zu richten an die örtlichen Vermittlungsstellen, das sind die Gewerkschaften der Konsumvereine und der Volkswirtschaft.

**Tuberkulose und soziale Lage.** Im „Zentralblatt für Gewerbebeziehung“ vertritt Dr. Georg Rodenacker die Ansicht, daß es keine Berufsstände gebe, die sich Tuberkulose erzeuge. Da die Tuberkulose „nach den mehr oder weniger unabhänderlichen Epidemien“ alle Kreise befallen könne, sei es eine innere Unwahrheit, sie eine Profetierkrankheit zu nennen. „Es bedarf eines Mißverhältnisses zwischen dem erworbenen Darmleidungsabwehrstande, der Arbeitseistung und Ernährung, damit es zu einem Ausfluten der Tuberkulose kommt.“ Aber ist nicht in einem großen Teile des schaffenden Volkes gerade heute dieses Mißverhältnis vorhanden? Kann denn bei diesem Mißverhältnis zwischen Ernährung, Arbeit und ihren Bedingungen die Ansteckung verhütet werden? Ist da Widerstandstraft möglich? Gerade aus neuerer Zeit beweist der Bericht des badiischen Gewerbeaufsichtsamtes über die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden, wie sehr die Tuberkulose von der sozialen Lage abhängt und darum nach wie vor eine „Profetierkrankheit“ ist. In diesem Berichte des Aufsichtsamtes wird ausdrücklich festgestellt, daß die allgemeine sozialen Verhältnisse, wie Überlastung, mangelhafte Ernährung und dergleichen, die Ursache der Tuberkuloseausbreitung sind. Der Kampf gegen die weitere Profetisierung der Massen ist zugleich der Kampf gegen die Tuberkulose. Jeder wirtschaftliche Erfolg der Massen hebt deren Widerstandstraft und verbietet Ansteckung.

Wie man Arbeiterheimstätten schaffen könnte? Der bekannte Genossenschaftler und Politiker Peus, derzeit ein Minister gehalten über Bodenreform, Grundwertsteuer, Heimstätten und Reformen in der Landwirtschaft. Er vertritt den Standpunkt, die Grundwertsteuer müsse als Bodenbeurteilungsaufgabe aufgestellt werden. Durch ein Bodenreformgesetz und die allgemein zu fordernde progressive Grundwertsteuer könne im ganzen Lande der Preis für Grund und Boden sehr verbilligt werden. Dann könne für jede Familie billiges Wohnland beschafft und eine Heimstätte errichtet werden. Dann verlange Peus Einführung einer gesetzlichen Wohnungspflicht. Von 100 Menschen würden nur 18 über 65 Jahre alt. Für alle anderen habe die Altersrentenpflicht keine Bedeutung, während sie schon von 15 Jahre an dafür Opfer bringen müssen. Er forderte deshalb diese Pflicht von 15 bis zum 25. Lebensjahre. Das ist die Zeit, wo der Mensch sein Nest baut für Mann und Weib, damit sie, wenn sie heiraten, die Mittel besitzen, die Anzucht für ein Eigenheim zu leisten.

Nun rechnet er so: Ein Mädchen von 18 Jahren soll monatlich 25 Mark sparen, ebenso der junge Mann. Schon nach fünfjähriger Spargel haben beide über 3000 Mark und können am Hochzeitsstage in ihr Eigenheim einziehen. Das hört sich zunächst einfach an, wie aber sieht es aus mit der Durchführung dieser Hegepe? Wie viele sind heute in der glücklichen Lage, ein Einkommen zu haben, das ihnen ermöglicht, allen Anforderungen gerecht zu werden, die das Leben stellt und auch noch 25 Mark monatlich zurückzuliegen? Voraussetzung ist zunächst Arbeit und entsprechender Verdienst. Wie steht es damit? Hier ergibt sich schon das alte Dilemma, nur wenige sind in der glücklichen Lage, händig Arbeit und ausreichenden Verdienst zu finden. Es erscheint demnach billig, solche Vorschläge zu machen.

**Büchergeschau.**

Das Juniheft der Urania Verlagsgesellschaft m. b. H. in Jena enthält recht interessante Abhandlungen über Naturfischbewegung, Mensch und Maschine, Soziales Wandern, über Blutbeschaffenheit und Untersuchung. Als dritte Buchbeilage ist dem Heft beigegeben „Glück und Trugheit der Bezeugung“, Herausgeber Ernst Rühbold. Vom Kulturwissen, Allgemeines Bildungsinstitut Leipzig, Braunschweig 17 enthält die Juninummer interessante Beiträge über Arbeiterkassen und Kultur der Jugend. Einzelnnummer 20 Pf.

Das Juniheft der Büchergemeinschaft Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit Berlin, Lindenstraße 3 enthält Beiträge von Richard Seidel über Wesen und Werden der deutschen Gewerkschaften. In der Beilage Arbeiterbildung behandelt H. Hoffmann die Bildungsarbeit in ländlichen Bezirken. Den Begriff literarischer Schund behandelt A. Reinberg, H. Johannsen, Hamburg, schildert die künstlerischen Aufgaben des Sprechers. Einen Überblick über Erziehungsliteratur gibt W. Fabian. Einzelnnummer 75 Pf., Quartal 1,50 M. Im Verlag von Dieck, Berlin, Lindenstraße 3 erschien „Lachen Dinks“, die bekannte republikanische, humoristische Wochenzeitschrift. Preis 25 Pf.

„Die Gemeinde“, Halbmonatsschrift, unentgeltlich für Arbeitervertreter in Gemeindeförperschaften. Preis 90 Pf. monatlich.

Die „Illustrierte Reichsbannerzeitung“ kostet 20 Pf., sie enthält stets reiches Bildmaterial und eine Anzahl belehrender Aufsätze.

Alle Schriften sind auch durch die Postanstalten erhältlich.

Der Büchertreue hat als 2. Wert der Jahresreihe 1928 (7. Band) einen Roman der Zeit herausgebracht, Friedrich Wolf: „Kreuzer“. Ein heiliger, früherer Erdgeruch strömt aus den Seiten dieses Romans, in dem ein Stück Leben massig, edel vor dem Leser aufsteigt wird. Keine bloße naturalistische Wirklichkeitsphotographie, sondern eine Dichtung, in der Menschen, lebenswahr gestaltet und von urmächtigen Trieben vorwärts gepreßt, in unserer bis in die letzten Tiefen aufgewühlten Zeit nach Erlösung ringen und in diese dramatischen Konflikten gewonnene Erkenntnis nicht nur in Worte, sondern auch in Taten umzusetzen suchen.

Mit diesem Wert hat der Büchertreue die Reihe seiner Veröffentlichungen durch ein prächtiges Buch ergänzt. Die Ausstattung in Einband, Druck und Papier ist vorbildlich gut. Wie alle Büchertreuewerte kann auch dieses wundervolle Buch nur denjenigen erhalten, der Mitglied im Büchertreue ist. Wegen Auktions- und Annahmewende man sich an die Zahlstellen (Volkswirtschaftsvereine), aber wo

am Orte eine solche nicht vorhanden ist, direkt an: Der Büchertreue G. m. b. H., Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 6.

Ein neuer Weg der Wohnungsbeschaffung! Die billigste Bauweise der Gegenwart für Wohn- und Zweidwellebauten.

Praktische Anleitung zur Verwendung meist kostengünstiger vorrätiger Baustoffe für dauerhafte Wohnbauten des Kleinwohnungsbaues, speziell Ein- und Mehrfamilienhäuser. Die Bauweise der Gegenwart und Zukunft. Mit weit über 125 Abbildungen, Plänen und Grundrissen. Herausgegeben von Reg.-Baurat S. Heyer. Preis des Heftes 3,20 RM., gebunden 4,50 RM. (Vario und Bergsch. 20 Pf.) Heimkultur-Verlag, G. m. b. H., Dehlg.-E.-Platz, Schlichting 20, Postfach Frankfurt a. M. Nr. 774.

Das unten vorliegende Buch ist ein praktischer, kostenloser Wegweiser und erläutert die gesamte Baueinführung. Jeder Gewerkschaftler sollte „Die Arbeit“ lesen. 5. Jahrgang für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. III. Jahrgang, Heft 6, 1926, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 M.

„Bericht über das Organisationsproblem“, erstattet der Erztube der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom dem Sekretariat der S.A.I. als Broschüre unter dem Titel „Die Einheit der Arbeiterklasse“ herausgegeben. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Berlin im Preise von 40 Pf. Dieser Bericht versucht das Organisationsproblem der Einigung der Arbeiterklasse in seinen Hauptlinien klarzulegen und verdient deshalb die weiteste Verbreitung.

„Laf.“ Im Juliheft der Zeitschrift „Laf“, welche im Verlag von Eugen Diederichs in Jena erscheint, wird in gut aufgemachter Form das Thema Arbeiterbildung behandelt. Insbesondere interessieren den Gewerkschaftler die eingehenden Besprechungen der verschiedenen Gewerkschafts- und Wirtschaftsschulen.

In Sachen des Kaufmanns Erich Schüler, Hamburg gegen

1. den Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuer-Verband,
2. . . . . wegen Unterlassung widerrufen

vor hierdurch auf Grund des rechtskräftigen Urteils des Landgerichts, Zivilsamt 1, vom 10. Juni 1925 lautend: „Es werden als Gesamtschuldner kostenpflichtig verurteilt:

1. Die Beklagten zu 1. und 2. es zu unterlassen, über den Kläger die Behauptung zu verbreiten, er habe nicht, daß die in seinem Betriebe, der Firma „Leberschüler“, beschäftigten Arbeitnehmer sich den gewerkschaftlichen Verbänden anschließen.
  2. Der Beklagte zu 1. in der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuer-Zeitung an hervorragender Stelle und im Hamburger Echo die Behauptung zu widerrufen, daß die Firma Erich Schüler (Leberschüler) nicht dulde, daß ihre Arbeitnehmer Mitglieder der gewerkschaftlichen Verbände sind.
- Das Urteil ist gegen Sicherleistung von 3000 RM. vorläufig vollstreckbar, sowie des rechtskräftigen Urteils des 4. Zivilsenats des Reichsgerichts, Oberlandesgerichts vom 21. April 1926, lautend:

„Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Landgerichts, 1. Zivilkammer, in Hamburg, vom 10. Juni 1925 wird zurückgewiesen. Auf die Anrufung der Berufung des Klägers wird dieses Urteil dahin geändert, daß der Beklagte zu 1. weiter derzuletzt werden erlernenden Teil des Urteils in den Zeitschriften „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuer-Zeitung“ und „Hamburger Echo“ zu veröffentlichen. Die Kosten der Berufung tragen die Beklagten als Gesamtschuldner. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar, doch können die Beklagten die Vollstreckung abwenden, wenn sie 3000 die Behauptung, daß die Firma Erich Schüler (Leberschüler) nicht dulde, daß ihre Arbeitnehmer Mitglieder der gewerkschaftlichen Verbände sind. Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuer-Verband.“

**Verbandsnachrichten.**  
(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsvereinigungen.)

Vom 19. bis 25. Juli ist der 28. Beitrag fällig. Ohne Pflichten keine Rechte! Pünktliche Beitragszahlung schließt Dich vor Schwereitstellung

**Adressenveränderungen.**

- Hagen, Vorl.: Karl Gams, Klopfergasse 3, II, Augsburg. Raff: Anton Berg, Sadowpferk. 17, I, Durchreisende Kollegen erhalten Unterstufung beim Vorliegenden Demanovskij, Elias-Holt-Platz 322, II.
- Erfurt, Vorl.: Gustav Nitzsch, Oststr. 2.
- Halle a. S. S. Vorl.: Walter Brüdner, Streiberstr. 21.
- Raff: Walter Seidel, Gr. Brunnenstr. 51a, III. Kasseler Stunden: Freitag 5-7 und Sonnabend 4-7 Uhr.
- Wilhelmshaven. Raff: Otto Nüfste, Küstringerstr. 3.

**Sterbefaßel.**

Stuttgart. Am 23. Juni starb im Alter von 29 Jahren der Kollege Eugen Kessinger an einem langjährigen Lungentumor.

Am 9. Juli starb im Alter von 84 Jahren, nach 27jähriger Mitgliedschaft, unser Kollege Friedrich Senfner. Mit Senfner ist ein Kollege dahingegangen, der sein ganzes Leben ununterbrochen und uneigennützig in den Dienst der Arbeiterklasse gestellt hat.

Ehre ihrem Andenken!